

Nation und Arbeitsmarktreform: Nicht der Zentralismus ist das französische Problem, sondern seine Aushöhlung – von oben und unten

Gemütlicher Bonapartismus

Von Gerd Held

Das Photo von der Pressekonferenz des französischen Premierministers vom 1. März zeigt einen Dominique de Villepin, wie ihn die Franzosen nun schon kennen: große Statur, das wallende graue Haar paßt zur Eloquenz der Sprache und zu einer Gestik, bei der etwas zu viel Theatralik im Spiel ist, um die sichere Eleganz eines Stils zu haben. Das Logo im Hintergrund appelliert „Gehen wir gemeinsam vorwärts“. Neben dem Premierminister sind dann auch sechs weitere Minister aufgeboten. Aber sie sitzen da wie Schulbuben, die nicht wissen, welches Gesicht sie machen und wohin sie ihre Hände tun sollen. Es sieht aus, als hätten sie sich aus dem Publikum auf die Bühne verirrt, weil keine Stühle mehr frei waren. Das Photo wirkt wie ein Resümee der „Methode Villepin“ bei der Verordnung der neuen Vertragsform zur Ersteinstellung bis zum 26. Lebensjahr. Die Vertragsform war am Amtssitz des Premierministers von seinem Beraterstab ausgearbeitet worden, ohne Konsultation des Arbeits- und Sozialministers oder des Bildungsministers. Sie wurde unter Berufung auf den Notverordnungsartikel 49.3 der Verfassung ohne Gesetzgebungsverfahren installiert. Villepin erschien für ein paar Minuten in der Nationalversammlung, um das Vorhaben nur mitzuteilen. Inzwischen rumort es nicht nur in den Reihen der Regierungsmehrheit sondern auch im Arbeitgeberlager, zu dem der Premierminister – im Gegensatz zu seinem konservativen Rivalen Sarkozy - wenig Kontakt hat. So kann die Individualisierung einer Regierung die Ernsthaftigkeit eines wichtigen Gesetzesvorhabens zerstören.

Nun gibt es eine merkwürdige, quasi spiegelbildliche Korrespondenz zwischen dieser Selbstgefälligkeit und dem Straßenprotest. Ob mit Gewalt oder bunter Lautstärke, auch hier dominiert die Theatralik der Selbstinszenierung. Da stehen viele am imaginären Rednerpult und es ist auffallend häufig von Würde die Rede - als gäbe es eine angeborene „noblesse de jeunesse“, einen Adelstitel auf Jungsein, der nicht erst erarbeitet werden muß. So hakt sich der Protest an jeglicher Probezeit für Anfänger auf dem Arbeitsmarkt fest und kann sich nicht einmal auf eine Modifizierung des Gesetzes einlassen, weil er schon dessen pure Existenz als Attentat auf die eigene Persönlichkeit empfindet. Das Fernsehen zeigt Bilder von streikenden Studenten, die eine Ansprache des Premierministers verfolgen. Sie

beißen sich an jedem einzelnen Wort fest, jeder Kommentar ist ein kleines Duell.

Vom Gesetz selber ist gar nicht die Rede. Aber dieses Gesetz ist im Grundsatz sinnvoll, weil es die Einstellung der jungen Leute, die bisher nur Schule oder Universität gesehen haben, von allzu hohen Anforderungen entlastet. Das einstellende Unternehmen muss nicht gleich längerfristige Verpflichtungen eingehen und komplizierte Rechtfertigungen im Fall eines Scheitern vorlegen. Eine solche Senkung der Eintrittsschwellen ist dort besonders wichtig, wo die Erfahrungen mit dem Berufsleben fehlen, wo Erwartungen und Verhaltensmaßstäbe sich erst durch Versuch und Irrtum ausbilden müssen oder wo eventuell die schulische Vorqualifikation sehr niedrig ist. Dass hier ein massives Problem vorliegt, belegen Arbeitslosenquoten von über 20% in diesem Segment.

Aber in der psychologisierten Arena des gegenwärtigen Streits zählt nur die gefühlte Härte des Gesetzes. Sie wächst rasch ins Unendliche: Wir sollen jederzeit und ohne Grund gekündigt werden. Ségolène Royal, mögliche Präsidentschaftskandidatin der Sozialisten, spielt genau auf diesem Register der Empfindsamkeiten, wenn sie der Regierung vorhält, dass sie kein Gefühl dafür hätte, dass die Jugendlichen in der neuen Vertragsform eine „Entwertung und Zurückweisung ihrer Arbeit“ sähen.

Wo es nur noch darum geht, wie ein Gesetz empfunden wird, kann die längerfristige Wirkungsweise des Gesetzes gar nicht mehr gesehen und erörtert werden. Man sieht nur den Anfang einer mageren Vertragsfigur. Diesem Anfang wohnt in der Tat kein Zauber inne. Der gerade gewonnene Arbeitsplatz kann morgen schon wieder verloren sein. Und wer sagt überhaupt, daß die Unternehmen durch die Möglichkeit solcher Arbeitsverhältnisse auch wirklich neue Arbeitsplätze anbieten? Das geht nur auf indirektem Wege. Gerade Arbeitsmärkte im unsicheren Segment der fehlenden Berufserfahrung oder der geringen Qualifikation können sich nur langsam bilden. Neue ungeschriebene Regeln, neue Informationskanäle und Arbeitsbörsen bilden sich erst allmählich. Diese Kultur, zu der dann auch Rückwirkungen auf die Schulausbildung gehören, kann durch kein Gesetz verordnet werden. Sie muß Zeit zum Wachsen haben. Der Kult der Selbstgefälligkeit aber ist der

Totengräber solcher Marktkulturen, weil er sie schon beerdigt hat, bevor sie überhaupt das Licht der Welt erblicken können.

Es käme also darauf an, eine durchhaltefähige Politik zu konstruieren, die an die Beharrlichkeit der Bürger appelliert, die die Geduldigen honoriert und sich von Theatralik nicht beeindrucken läßt. Überhaupt scheint in unserer Zeit das Zentralproblem jeder Politik darauf hinauszulaufen, Konflikt über jene kurzichtigen Arenen der Betroffenheit hinauszuführen, in denen beinahe jedes Gesetzesvorhaben am Anfang landet. Wer dabei an das Charisma einzelner Persönlichkeiten oder der „sozialen Bewegungen“ appelliert, ist in der Regel erfolglos, weil solches Charisma noch viel zu nahe an jenen psychologischen Besitzständen gebaut ist, die die aktuellen Reformgesetz ganz unvermeidlich verletzen, ja beleidigen müssen. So muß die Politik doch daran gehen, Lager zu Lager bilden, Koalitionen zu schmieden, die auch in entferntere soziale Lagen hineinreichen, ohne gleich das große „Wir“ zu sein. Dann kann man auch in einer Situation des Konflikts ausharren und weiterarbeiten. Man muß sich nicht in den Gestus des einsamen Rechthabers zurückziehen. Insofern liefert Frankreich gegenwärtig ein Lehrstück. Die Regierung hat eine „Konzertierung“ ihres Arbeitsmarktgesetzes versäumt. Sie hat es zu vordergründig, zu kurzatmig begründet. Zu sehr war bei ihr von Aufschwung und immer neuen „Impulsen“ die Rede. Sie war in ihrer Position auch nicht konsistent. Während sie auf der einen Seite argumentierte, dass eine leichtere Kündbarkeit neue Gelegenheiten eröffnet, wählte sie auf dem Energiemarkt mit der Fusion der Konzerne Suez und Gaz de France eine massiv protektionistische Lösung. Warum aber sollen die einen sich einem offeneren Markt anvertrauen, dem die eigene Regierung die Energieversorgung nicht anvertrauen mag?

Diese bizarre Nachlässigkeit und Willkür, die der Präsidentschaft von Jacques Chirac ein so schwaches Schlusslicht setzt, hat ein Vakuum der Macht erzeugt, das in der politischen Geschichte

Frankreichs nicht ganz neu ist. Nein, es geht nicht um einen Defekt des französischen Zentralismus – wie es eine beliebte deutsche Denkfigur über unseren Nachbarn immer wieder vermutet.. Denn hier wird ja nicht wirklich ein Zentrum errichtet, das aus mehreren Strängen eine kohärente Staatsräson formt und denn Kristallisationspunkt einer ganzen republikanischen Zivilisation bildet. Stattdessen fällt hier der Zentralismus ins Persönliche zurück. Mit einem älteren Begriff gesagt, er wird bonapartistisch. Der Bonapartismus des 19. Jahrhunderts war nie die Quintessenz des Zentralismus, sondern er beruhte auf dessen Beschädigung und Verkürzung. Hier schwang bei allem vordergründigen Aktionismus schon ein Geist des Rückzugs auf sicheres Terrain mit. Diese französische Angst war nicht nur an der Spitze des Staates zu Hause, sondern auch an der Basis. Im zweiten Kaiserreich regierte immer auch der Parzellenbauer mit. Heute scheint diese alte Selbstgefälligkeit in den neuen Kleidern einer individualisierten Wohlstandsgesellschaft aufzutreten. Auf den ersten Blick haben die expressiven Bilder und die zur Schau gestellte Mobilität kaum etwas mit der alten Bodenständigkeit zu tun. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber ein erstaunliches Desinteresse an allen etwas komplizierten Herausforderungen. Die jungen Akteure in diesem Bonapartismus der Straße sind irgendwie schon alle fix und fertig.

An diesem Punkt wird deutlich, dass es einen feinen aber entscheidenden Unterschied zwischen einer Koalitionspolitik zur Wiedergewinnung eines handlungsfähigen Zentrums und dem berühmten „Konsens“ gibt. Ein Konsens wäre viel zu nahe an der doppelten Selbstgefälligkeit im Lande gebaut. Er läge in der toten Mitte zwischen den beiden, einander so ähnlichen Psychologien der gemütlchen Wichtigtuere von oben und unten. Zwei Kurzichtigkeiten addieren sich nicht zu einer Weitsichtigkeit. Ein robustes Lager muss sich woanders finden. Ob einem Nicolas Sarkozy das gelingen könnte, wird nicht zuletzt von seiner Koalitionsefähigkeit abhängen. Und vom Auftauchen wirklicher Koalitionspartner.

(Manuskript vom 20.3.2006, erschienen als Essay in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 26.3.2006)